

Alle dabei – Alle(s) inklusiv:

**Wie können wir unsere
Selbstorganisation stärken?**

**Wie können wir eine Armutswende
gestalten?**



TMA25

#Armutswende

Dokumentation des

18. Treffens der Menschen mit Armutserfahrung 2025

Gefördert durch:



Rund 100 von Armut betroffene Menschen trafen sich am 6. und 7.11.2025 in den Räumen der Diakonie Deutschland. Beim diesjährigen Treffen der Menschen mit Armutserfahrung der Nationalen Armutskonferenz (nak) wollten sie sich austauschen, Themen diskutieren, die für von Armut betroffene Menschen wichtig sind, und ihre Forderungen an die Politik formulieren. Am 8.11. folgte eine Aktion am Berliner Alexanderplatz, um auf die entwickelten Forderungen und die Probleme der Menschen mit Armutserfahrung aufmerksam zu machen.



Am Donnerstag, den 6.11.2025 begrüßte das Organisationsteam zu diesem 18. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung. Mit den Worten von Nelson Mandela „Solange Armut, Ungerechtigkeit, Ungleichheit in der Welt fortbestehen, kann keiner von uns wirklich ruhen“ eröffnete Yvonne Schulze das TMA25. Alex Embs ergänzte: „Wir haben viele Workshops und Themen vorbereitet und jetzt ist es total überwältigend, Euch alle in aller Vielfalt hier zu sehen“.

„Wir wollen auf Augenhöhe miteinander sprechen, viele gute Forderungen formulieren und die Vielfalt der Sichtweisen akzeptieren“, erklärte Organisator Michael Stiefel. Das wäre vor allem wichtig, wenn später Politiker*innen zum Gespräch kämen. „Wir wollen in guter Atmosphäre Vorschläge und Lösungen finden,

wie die prekäre Situation für alle verbessert werden kann“, so Stiefel.

Auftakt: Markt der Möglichkeiten

Beim anschließenden Markt der Möglichkeiten boten Menschen kurze Diskussionsrunden zu Themen an. Jeder und jede Teilnehmer*in des Treffens war eingeladen, ein eigenes Thema vorzuschlagen. Einige wussten sofort, worüber sie mit anderen sprechen wollten, andere nutzten die Zeit und den Raum, um ihre Initiative vorzustellen.



Altersarmut

In verschiedenen Gesprächsrunden diskutierten Menschen über ihnen wichtige Themen. Das Thema Altersarmut beschäftigte besonders viele. Viele Betroffene tauschten sich aus, vor allem auch Frauen, die aufgrund von Erziehungszeiten Renten bezogen, die nicht ausreichten. Eine Betroffene schilderte, wie sie selbst in Rente ging und merkte, dass das Geld einfach nicht reichte. „Ich bin von der Gesetzgebung ausgebremst worden“, erzählte sie. Damals hätte es keine Kinderbetreuung gegeben und keine Kind-krank-Tage. „Ich bin durch die Maschen gefallen“, sagte sie. Gemeinsam formulierten sie Ideen, was ihrer Meinung nach vom Gesetzgeber getan werden müsste.



Behindertenrechtskonvention

Auch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wurde an einem Tisch diskutiert. „So richtig schwierig ist es geworden mit der neuen Bundesregierung“, berichtete ein Betroffener. Das Bundesteilhabegesetz sei nur das Mindeste, was die Bundesregierung machen müsste, um die UN-Behindertenkonvention umzusetzen, erklärte er. In der politischen Debatte gehe es zurzeit nur noch um die arbeitende Bevölkerung, um die sogenannte „Leistungsgesellschaft“. Für Menschen, die Transferleistungen bezögen, gerade auch solche mit Beeinträchtigungen, werde es immer schwerer. „Was sollen wir tun?“, fragte er. Und antwortete selbst: „Wir machen weiter.“ Andere Betroffene sprachen über Pflegegrade und wie diese heruntergestuft würden, was die Situation der Betroffenen noch verschlechterte.

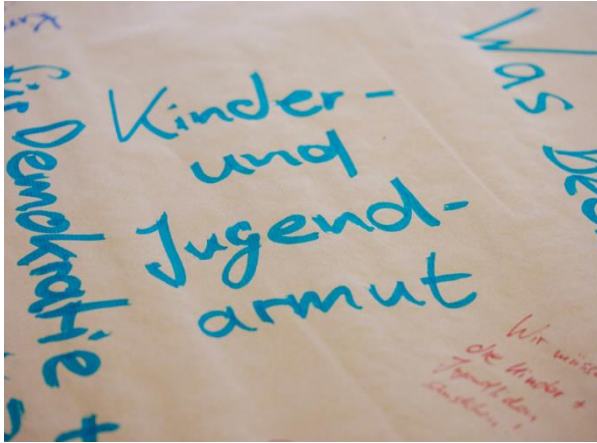


Bedingungsloses Grundeinkommen

Wie würde ein bedingungsloses Grundeinkommen funktionieren, fragten sich die Teilnehmenden einer anderen Gruppe. Und was spricht dafür, fragten sie sich. Ein Teilnehmer erzählt davon, dass er, wenn er in seiner jetzigen Situation im Bürgergeld-Bezug, Geld zu seiner Transferleistung hinzuverdienen würde, er von jedem Euro nur 30 Cent behalten dürfte. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen würden alle Menschen, die neben dem Grundeinkommen arbeiteten, das Geld, das sie hinzuverdienen, auch behalten. „Das wäre ein großer Anreiz, zu arbeiten“, sagte der Teilnehmer. Auch das spräche für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Armut bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Die Situation junger Menschen, die von Armut betroffen sind, war an verschiedenen Stellen des diesjährigen Programms des Treffens präsent. In einer Gesprächsrunde lud Elke Ronneberger, Vorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland, Teilnehmenden an einen Tisch ein, die unter 30 Jahre alt waren. Ein Teilnehmer erzählte davon, dass es beim Jugendamt im besten Fall Sozialarbeiter*innen gebe, aber eben niemanden, der nur für die Jugendlichen da sei. Das müsse sich ändern. Es ging auch um die Problemlage, dass Jugendliche von ihren Eltern vor die Tür gesetzt würden. Es gäbe vereinzelt Schlafmöglichkeiten für junge Erwachsene unter 21 Jahren, aber bei etlichen Angeboten fehlte die Möglichkeit, auch tagsüber dort bleiben zu können, berichtete ein Teilnehmer.



Diakonievorständin Ronneberger sprach auch darüber, dass es mehr Prävention geben müsste, damit es gar nicht erst zur Obdachlosigkeit, gerade bei Jugendlichen, käme. „Als Minderjährige in den Wohnheimen hast du keine Kindheit“, erzählte ein junger Mann, der es selbst erlebt hatte. Die Verantwortung, die Jugendliche, dort übernehmen müssten, wären zu groß, erzählte er. Außerdem fehle es an Kontrollen der Pflegeeltern. Eine andere Person erzählte von ihrer eigenen Erfahrung in einer Wohngruppe für Jugendliche. Sie hatte die Anforderungen

aber als positiv wahrgenommen, weil es sie auf den Übergang ins Erwachsenenleben vorbereitete. Insgesamt waren sich aber alle einig, dass den Sichtweisen der Kinder und Jugendlichen zu wenig Gehör findet.

Weitere Themen in den kurzen Workshoprunden waren Wohnmodelle gegen Armut, Finanzpatenschaften in der Nachbarschaft, die Umsetzung der Agenda 2030 der UNO und die medizinische Versorgung von Obdachlosen, Bildung zum Thema Armut bei Kindern anhand eines Kinderbuches und die Idee, Essen auf Rezept zu bekommen, um erkrankten Menschen eine gesunde Ernährung zu ermöglichen sowie die Auseinandersetzung mit der Partei Die Linke und Erwartungen, was diese für von Armut betroffene Menschen tun sollte.

„Mit der Politik im Gespräch“ - Austausch mit Bundestagsabgeordneten

Traditionell lädt die nak Fachpolitiker*innen aller demokratischen Parteien ein, um mit von Armut betroffenen Menschen über das zu sprechen, was sie bewegt und was sich aus ihrer Sicht ändern sollte. Unter dem Motto „Mit der Politik im Gespräch“ sollten sich Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Teilnehmende des Treffens austauschen. Allerdings verhinderten mehrere namentliche Abstimmungen in aktuellen Debatten der Sitzungswoche im Bundestag, dass die angefragten Politiker*innen erscheinen konnten. Angekündigt waren Ottilie Klein (CDU), Jens Peick (SPD), Timon Dzienus, Ricarda Lang und Sylvia Rietenberg (Die Grünen), Cansin Köktürk (Die Linke), die alle Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales sind, sowie die Vorsitzende der Partei Die Linke, Ines Schwerdtner. Letztlich nahmen sich dann doch zwei Abgeordnete wirklich die Zeit - Ottilie Klein von der CDU und Timon Dzienus von den Grünen - die Lücke zwischen den Abstimmungen für den Besuch beim Treffen der Menschen mit Armutserfahrung zu nutzen. Dafür gilt ihnen auch besonderer Dank der Teilnehmenden.

CDU-Abgeordnete: „Hier, um zuzuhören“

„Ich bin heute hier, um zuzuhören, was sie bewegt, was sie für Forderungen an uns haben“, erklärt Ottilie Klein, deren Wahlkreis in Berlin-Neukölln liegt. Ein Teilnehmer fragte nach, was die CDU gegen Wohnungslosigkeit unternehmen wolle. Er selbst war lange obdachlos, erzählte davon, wie schwer es auf dem Wohnungsmarkt für obdachlose und arme Menschen sei. „Da frage ich mich, was die CDU dort wirklich machen möchte“, sagte der Mann. Die CDU-Abgeordnete Klein ging daraufhin auf das Ziel ein, Obdachlosigkeit bis 2030 abbauen zu wollen.

„Da müssen wir von verschiedenen Seiten herangehen“, erklärte Klein. Sie nannte den Bauturbo der Bundesregierung, das Ziel, das Hilfesystem abzusichern und den Housing-First-Ansatz, nach dem ein Mensch erst eine Wohnung bekäme und danach an der Lösung der anderen Probleme gearbeitet würden.



Eine Teilnehmerin bedankte sich herzlich, dass die Abgeordnete heute da sei. Die Teilnehmerin ging auf geplante Verschärfungen beim Bürgergeld ein. Es gäbe mehrere Aspekte, die ganz akut zu mehr Wohnungslosigkeit führen würde, sagte sie. Einer davon sei die Mitwirkungspflicht für Vermieter. Die Vermieter müssten auf Formblättern der Ämter ausfüllen, wie viele Menschen in welchen Immobilien wohnten. Wenn sie es nicht täten, drohten Strafen von mehreren Tausend Euro. Die Befürchtung vieler Empfänger*innen von Bürgergeld ist, dass Vermieter*innen sich dann gleich dagegen entscheiden würden, an Menschen wie sie zu vermieten oder sogar versuchen würden, das Mietverhältnis zu beenden. Die CDU-Abgeordnete erklärte den Hintergrund der Verschärfungen: Es gäbe Schrottimmobilien, in denen die Vermieter viel Gewinn mit Menschen in Armut machen würden, dabei in oft unzumutbaren Wohnbedingungen. wohnen würden und mit denen. Dem sollte mit den angestrebten Regelungen entgegengewirkt werden.



Eine andere Frau, die im SGB XXII-Bezug ist, berichtet, dass sie in zwei Jahren die Sozialwohnung verlieren werde, weil die Preisbindung dann fallen werde. Ihre große Sorge sei es, dass sie nie wieder eine bezahlbare Wohnung finden werde. „Was für ein Vermieter wird noch an mich vermieten?“, fragte sie. Und mit Bezug auf die Verschärfung im Bürgergeld sagte sie: „Was haben Sie sich dabei gedacht?“. Ottilie Klein sagte: „Obdachlosigkeit gilt es zu verhindern, nicht nur, weil es für die Menschen schlimm ist, sondern auch, weil es für den Sozialstaat am teuersten ist.“ Die Politik habe nicht vor, Menschen in Obdachlosigkeit zu bringen, erklärte sie. Welche Folgen die Verschärfungen beim Bürgergeld für betroffenen Menschen und ihre Wohnungen haben werden, blieb offen. Eine weitere Teilnehmerin des Treffens bestätigte die Sorge der Betroffenen: „Es haben alle Angst um ihre Wohnung“, sagte sie.

Bindungs- und Teilhabepaket als Lösung?

In einer zweiten Gesprächsrunde ging es vor allem die Situation von Kindern, die von Armut betroffen sind. Ottilie Klein nannte in diesem Kontext das Bildungs- und Teilhabe-Paket und eine Teilhabe-App als Lösungsansätze, mit dem Angebote leichter genutzt werden könnten. „Im Idealfall sollten alle Kinder diese App nutzen“, erklärt die Abgeordnete. Wichtig sei es auch, dass Kinder zum Schulanfang gute Sprachkenntnisse und gut entwickelte motorische Fähigkeiten hätten. Eine andere Teilnehmerin erzählte der Abgeordneten von einer Studie, dass mangelernährte Kinder auch entwicklungsverzögert seien. „Das ist weit weg von gleichen Startchancen“, sagte die Teilnehmerin. Die CDU-Abgeordnete entgegnete, dass das Bildungs- und Teilnahmepaket auch Mittagessen beinhaltet.

Eine Teilnehmerin fragte nach dem Kulturpass, mit dem von Armut betroffene Menschen, Angebote nutzen konnten. Diesen gäbe es auf Bundesebene nicht mehr, aber Kommunen könnten sich darum kümmern, entgegnete Klein. „Das kommt für meine Kommune nicht in Frage“, sagte eine junge Teilnehmerin. „Da kommt Kultur ganz am Ende“, so die enttäuschte Betroffene.

Ein weiteres Thema, das angesprochen wurde: Gewalt gegen obdachlose Frauen. Dieses werde negiert. Da stimmte die CDU-Abgeordnete der Teilnehmerin zu. Klein berichtete von verschiedenen Touren mit dem Berliner Kältebus. Frauen, die obdachlos waren, wollten aber nicht in Einrichtungen mitfahren. „Da hatte ich auch ein ungutes Gefühl“, sagte sie.

Die CDU-Politikerin traf bei der Veranstaltung auf eine obdachlose Frau, die berichtete: „Meine schlimmste Erfahrung war die in einem Obdachlosenheim, da wusste ich nicht, ob ich überlebe“, sagte eine Teilnehmerin. Sie lebe seitdem auf der Straße, beziehungsweise suche sich mit anderen Frauen Hilfe von Bürgerinnen und Bürgern. Sie kritisierte vor allem die fehlende Teilhabe von obdachlosen Menschen. „Wenn ich meine Wohnung verliere, bin ich von der Demokratie ausgeschlossen“, kritisierte sie.

Eine von Armut betroffene Mutter schilderte die Situation ihrer Tochter, die eine Ausbildung an zwei Standorten absolvierte, dazu ein Auto brauchte und das Geld nicht ausreichte. „Wie kann so etwas sein?“, fragte die Mutter. „Ihre Tochter müsste eigentlich Wohngeld bekommen“, sagte die Bundestagsabgeordnete. „Bekommt sie aber nicht“, entgegnete die Mutter. Das läge an der Überlastung der Kommune, vermutete die Bundestagsabgeordnete. Die Mutter blieb sichtlich verärgert zurück, denn eine Lösung für die prekäre Situation ihrer Tochter wusste Abgeordnete Klein auch nicht.

Grüne: Menschen mit dem erreichen, was sie betrifft

Auch Timon Dzienus (Die Grünen) hörte den Teilnehmenden zu. Seine Aufgaben in der Grünen-Fraktion seien die Themen Armut und Grundsicherung. Er erklärte, dass zu seinen Aufgaben „der Kampf gegen den Sozialabbau von Friedrich Merz und anderen“ gehöre. Neben den Fragen der Teilnehmenden vor Ort, wurden auch Fragen gestellt, die vorher von Betroffenen gesammelt wurden.

„In Deutschland sind Vermögen so ungleich verteilt, als wären wir im Mittelalter“, sagte der Grünen-Abgeordnete zu Beginn seines Gesprächs mit den Teilnehmenden. Lösungsansätze seien eine Erbschaftssteuer, niedrigere Lebensmittelpreise sowie einen höheren Regelsatz bei der Grundsicherung.

Zum jetzigen Regelsatz sagte er: „Das haut ja offensichtlich nicht hin.“ Sein Ansatz sei es, da kommunikativ besser zu werden und allen Menschen deutlicher zu machen, welche Folgen Armut habe. Auch deshalb sei es ihm so wichtig, hier beim Treffen der Menschen mit Armutserfahrung zu sein.

Ernährung und Mieten betreffen viele Menschen

Eine Teilnehmerin fragte nach, wie man überhaupt Menschen noch erreichen könne. Sie beschrieb wie viele beim diesjährigen Treffen der Menschen mit Armutserfahrung, dass das gesellschaftliche Narrativ derzeit gegen sie, die von Armut betroffenen Menschen, sei.

Timon Dzienus nannte das Beispiel USA, in New York habe es ja gerade ein Bürgermeisterkandidat geschafft, Menschen zu erreichen. Er sehe da zwei Themen, die funktionierten: Ernährung und Mieten. „Die Mietpreisexplosion betrifft ja nicht nur Berlin, sondern auch mittelgroße Städte wie Hildesheim bei mir um die Ecke,“ sagte der Bundestagsabgeordnete aus Hannover. „Man muss das einfach aufzeigen, was das für die Menschen heißt“, sagte er. Er sprach sich auch dafür aus, sich kommunikativ weniger an den Rechten abzuarbeiten und mehr an konkreten Lösungen in den Mittelpunkt zu stellen.

Ein Teilnehmer sagte, Armut stehe auch für eine kürzere Lebenserwartung. „Trotzdem gibt es eine Kampagne, die seit Jahren gegen Erwerbslose hetzt“, sagte er. Was sollte dagegen gemacht werden? Timon Dzienus sagte dazu: „Wir müssen es schaffen, Emotionen zu kanalisieren. Zurzeit sind da die Rechtsextremen erfolgreich. Da braucht es eine Gegenerzählung.“

Es wäre weniger wichtig, ob es um einen höheren Hartz 4-Regelsatz gehe oder um ein 1.000-Euro Grundeinkommen, wichtig seien finanzielle Verbesserung für die Betroffenen. Ein Grundeinkommen sei zurzeit nicht leicht umzusetzen, erklärte er. Das Bürgerbegehren in Hamburg habe gerade gezeigt, dass es wenig Zustimmung zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Gesellschaft gäbe.



Politiker reden zu wenig mit den Menschen

„Ein großes Problem ist, dass Politiker viel zu wenig mit Menschen reden“, analysierte Dzienus. Er berichtet von einer Sozialsprechstunde, die die Grünen in Hannover eingerichtet hätten. „Mir hilft das wahnsinnig, mit euch zu sprechen“, sagte er. Eine andere Teilnehmerin sagte dazu: „Mit uns reden bedeutet, unsere Bedürfnisse von unten bis oben anzuhören.“ Bürgerinnen und Bürger wie sie sollten endlich im Bundestag gehört werden.

Eine andere Teilnehmerin sprach das Thema Kindergrundsicherung an. Der Grünen-Abgeordnete berichtete, dass seine Partei einen Plan entwickeln würde, wie man die Kindergrundsicherung unter anderem Namen eines Tages umsetzen könnte.

Inwieweit sei denn seine Ideen und Forderungen grüne Parteipositionen, wollte eine Teilnehmerin wissen. Was davon würde wirklich Realität, wenn die Grünen wieder an die Macht kämen? „Das frage ich mich auch,“ sagte Dzienus lachend. Dann wurde er ernst: „Wir müssen viel, viel mehr über soziale Gerechtigkeit und bezahlbares Leben und Wohnen sprechen.“ Dafür gäbe es gerade bei den Grünen vor allem neue Junge Leute wie ihn, die das auch umsetzen wollten.

Unser Bild in der Öffentlichkeit

Der zweite Tag des Treffens der Menschen mit Armutserfahrung begann am 7.11.2025 mit einer Andacht, anschließend folgte eine Panel-Diskussion zum Bild von Armut betroffenen Menschen in der Öffentlichkeit.

Michael Stiefel aus dem Orga-Team der Diakonie sagte zur Einführung in das Thema: „Wir sehen derzeit eine öffentliche Kampagne von verschiedenen Kräften, die Armen gegen noch Ärmere auszuspielen. Die Leute werden moralisch in eine Ecke gestellt.“ Dabei sei es doch Kernbestandteil des Sozialstaats, dass es mit dem Bürgergeld ein unterstes Auffangnetz gäbe, wenn Menschen aufgrund schwieriger Lebenssituationen oder ohne Erwerbsmöglichkeit solche Hilfen benötigten. Ein großes Problem dabei seien die unterschiedlichen Startchancen im Leben, je nach dem, in was für eine Familie man geboren werde oder einheiratet. „Vom sogenannten Aufstiegsversprechen ist nur noch wenig übrig, es werde mehr Reichtum durch Vererbung weitergegeben, als durch Leistung“, ergänzte Michael Stiefel.

Studie zur Situation von Bürgergeldempfänger*innen

Zum Start der Panel-Diskussion sprach Gesine Höltmann von der Initiative Sanktionsfrei, die sich für eine menschenwürdige Grundsicherung ohne Sanktionen einsetzt. Sie stellte eine Studie vor, die untersucht hat, wie sich Menschen fühlen, die Bürgergeld beziehen. Die Idee dahinter sei es gewesen es, dem abwertenden Diskurs über Bürgergeldempfänger*innen etwas entgegenzusetzen und über Einzelfälle hinaus gehen zu können. „Meinungsforschung kann hier als eine Art Sprachrohr fungieren“, sagte Höltmann. Für die Studie wurden 1.014 Menschen im Bürgergeldbezug im April 2025 befragt.



Beim Thema Auskommen mit dem Regelsatz ginge es in der Debatte immer darum, den Regelbezug in Bezug zum Arbeitseinkommen darzustellen, kritisierte Höltmann. In dieser Studie war der Ansatz ein anderer: Die Menschen sollten, angeben, ob der Regelsatz für ein würdevolles Leben reiche. 72 Prozent der Befragten gab an, dass der Regelsatz nicht ausreiche. Höltmann von der Initiative Sanktionsfrei sagte dazu: „Unsere Studie zeigt ganz klar: Selbst Grundbedürfnisse werden nicht ausreichend erfüllt.“ Gerade bei betroffenen Eltern hätten 54 Prozent der Eltern

angegeben, dass sie für ihre Kinder auf Essen verzichteten. Höltmann berichtete, dass sich etwa Medienvertreter*innen bei der Vorstellung dieser Zahlen erstaunt gezeigt hätten. „Für Menschen, die im Bürgergeldbezug leben, sind diese Zahlen nicht überraschend“, sagte Höltmann.

Bürgergeld ist „kein echtes Existenzminimum“

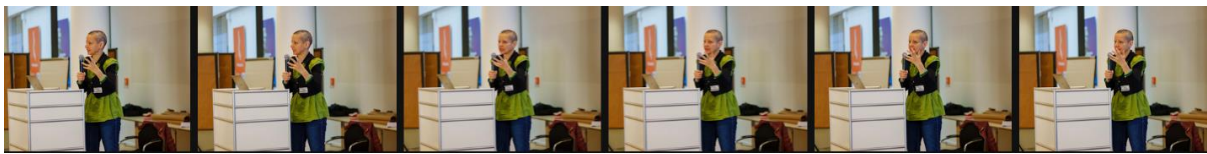
74 Prozent der Befragten gab an, dass sie sich wünschen, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Gleichzeitig bestehe aber wenig Hoffnung auf eine bedarfsdeckende Arbeit. Nur ein

Viertel der Befragten hofften das. 59 Prozent ging davon aus, dass wenn sie eine Stelle finden würden, trotzdem aufstocken müssten. Hürden bei der Jobsuche seien vor allem körperliche Einschränkungen (59 Prozent) und psychische Erkrankungen (57). Als weitere Hürden bei der Jobsuche gaben die Betroffenen an, dass Arbeitgeber nicht auf Bewerbungen reagierten (55 Prozent) und es keine passenden Angebote in ihrer Region gäbe (52 Prozent). Höltmann fasste das Ergebnis der Studie so zusammen: „Wir haben momentan kein echtes Existenzminimum.“

In der anschließenden Podiumsdiskussion ging es um das Bild der Menschen im Leistungsbezug in der Öffentlichkeit.

„Politisches Ghosting“ als Folge der Abwertung der Empfänger*innen von Sozialleistungen

Monja Ben Messaoud sprach über das Lohnabstandsgebot. „Es wird immer eine Lücke aufgemacht zwischen Erwerbslosigkeit und Erwerbstätigkeit“, aber das sei falsch, denn beides hinge zusammen. „Erwerbslosigkeit ist eine Folge davon, wie der Arbeitsmarkt gestaltet wird“, sagte Ben Messaoud. In der öffentlichen Debatte würden Menschen im Bezug entfremdet. Das hat konkrete Folgen: „Wir sind zu Gespenstern der eigenen Existenz verdammt“, sagte sie. Daraus hat sie die Formulierung des „politischen Ghostings“ entwickelt.



Thomas Wasilewski, der viel in Medien über seine Forderung zur Erhöhung des Regelsatzes spricht, berichte, was er in den sozialen Medien erlebe, wenn er etwas in den sozialen Medien schreibe. Er berichtete von den Likes zu seinen Posts, aber auch von vielen Anfeindungen. „Wir müssten Deutschland reinigen von den asozialen Schmarotzern“, habe er unter einem seiner Post gelesen. Zur aktuellen politischen Debatte über von Armut betroffene Menschen sagte er: „Es tut den Leuten massiv weh, wie sie dargestellt werden.“ Er verwies außerdem auf Artikel 1 des Grundgesetzes, der nicht an Bedingungen geknüpft sei. „Die Würde des Menschen ist unantastbar steht da, unabhängig davon, ob er faul oder fleißig ist“, sagte Wasilewski. Übrigens habe er noch nie einen faulen Arbeitslosen getroffen, ergänzte er. Wenn das, was gerade diskutiert würde, das Ergebnis der Bundespolitik sei, sollte die Bundesregierung wirklich mal an ihrem Menschenbild arbeiten, forderte der Armutsaktivist. „Wir Armutsbetroffenen müssen laut und deutlich sagen: Das wollen wir nicht und das lassen wir nicht mit uns machen“, sagte er.



Teilnehmerin Susanne Hansen berichtete von der Kampagne #Ichbinarmutsbetroffen, an der sie teilgenommen und ihre eigene Betroffenheit sichtbar gemacht hatte. „Wir haben viel Aufmerksamkeit bekommen, wenn wir unsere Geschichten erzählt haben“, sagte sie auf dem Podium. Damals sei es für die Medien hipp gewesen, über Armut zu berichten, deshalb hätten viele das aufgegriffen. Aber irgendwann sei das wieder abgeflacht und es seien andere Themen gekommen. „Trotzdem ist das der Weg, um aufzuklären und Verständnis zu erreichen“, war sich Hansen sicher. „Das Unwissen ist immer noch riesig“, sagte sie. Viele Menschen wüssten nicht, wie schnell es passieren könne, dass man in Armut lande. Viele Journalist*innen wüssten

beispielsweise immer noch nicht, wie niedrig der Regelsatz sei. Ein weiterer wichtiger Punkt sei es, in den Austausch zu gehen. Gerade in Zeiten, in denen die Gesellschaft von der Politik so gespalten werde, sei das wichtig.



Panel-Runden zur Regelsatzberechnung, Kinderarmut, Mangelernährung und Gesundheitsförderung

Am Vormittag und am Nachmittag des 7.11.2025 trafen sich die Teilnehmende in verschiedenen Workshops zu relevanten Themen.

Regelsatzberechnung im Jahr 2026

Im Panel zu Regelsatzberechnung ging es um die kommende Berechnung des Regelsatz in Bürgergeld (SGBII) und Grundsicherung (SGBXII). Diakonie-Zentrumsleiter Michael David führte in das Thema ein. Im Workshop sprachen Benjamin Held von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Andreas Aust von der paritätischen Forschungsstelle und verdi-Armutsaktivistin Meral Oekten.



Kein Weihnachtsbaum für Bürgergeldempfänger*innen

Auf einem Tortendiagramm zeigte Benjamin Held den Bürgergeld-Regelsatz in Höhe von 563 Euro. Wie die Ansätze einzelner Positionen von der Realität abweichen, wurde zunächst am Anteil für Lebensmittel verdeutlicht: Der Regelsatz entspreche überhaupt nicht den Anforderungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, hieß es in dem Workshop. Die sage, man bräuchte ungefähr 10 Euro, damit man sich gesund ernähren könne. Dabei wären im Regelsatz nur 6,51 Euro am Tag für Lebensmittel vorgesehen.

Benjamin Held erklärte, wie der Regelsatz berechnet wird. Dabei werde sich an den Konsumausgaben einer bestimmten Referenzgruppe orientiert. Dabei würden die Konsumausgaben der unteren 20 Prozent ausgewählt, wobei die Grundsicherungs-Empfänger*innen ausgeschlossen werden. Dann sind es nur noch die unteren 15 Prozent der unteren Gruppen in den Konsumausgaben. „Niemand kann begründen, warum man diese zwanzig, bzw. fünfzehn Prozent nimmt und warum das eine menschenwürdige Existenzsicherung abdecken sollte“, kritisierte der Forscher. Ein Problem, das sich daraus ergebe: Die unteren fünfzehn bis zwanzig Prozent würden immer weiter abgehängt, wenn sie als Grundlage für die Berechnung der Regelsätze dienten. Bei der Berechnung des Regelsatzes würden außerdem 25 Prozent der Ausgaben gekürzt, weil der Gesetzgeber sage: Alkohol, Tabak, Auto, Flugreisen, Zimmerpflanzen oder Haustiere, das bräuchten Bürgergeld-Empfänger*innen nicht.



Michael David kritisierte, dass die 195,39 Euro für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke im Monat gar nicht komplett für Essen und Trinken verwendet werden könnten, sondern von anderen Seiten „angefressen“ werde. „Der Dauerbrenner der Diakonie Deutschland zur Regelsatzfrage ist

der Weihnachtsbaum, der im Regelsatz nicht erhalten ist. Dürfen Bürgergeld-Empfänger*innen kein Weihnachten feiern?“, fragte David provokativ.



„Der interne Ausgleich ist ein riesiges Problem, weil man von nichts ja nichts nehmen kann. Das Geld fehlt am Ende“, sagte eine Teilnehmerin. Ein weiteres Problem: Der Strompreis sei so sehr angestiegen, dass die Ausgaben für Strom über der für Strom vorgesehen Pauschale lägen, das gleiche gelte jetzt auch für das Deutschlandticket, das teurer geworden sei als die Pauschale für Nahverkehr vorsieht, die im Regelsatz enthalten sei, erklärte eine Teilnehmerin.

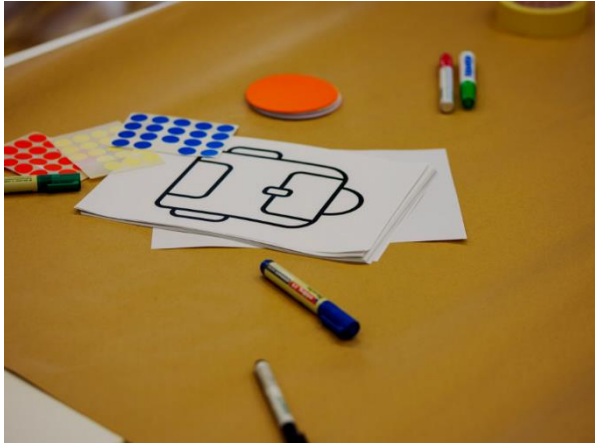
Kinderarmut und Jugendarmut im Blick

Den Workshop zur Kinder- und Jugendarmut mit Yvonne Schulze vom Orga-Team des Treffens der Menschen mit Armutserfahrung, Alexander Nöhring von der AWO, Tim Seywert, KiJuRat für wohnungslose Jugendliche, Lukas Werner von der AWO, Susanne Hansen, Armutsaktivistin und Silke Starke Uekermann von der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V. startete Schulze mit der Frage: „Ihr wollt ins Kino oder ins Schwimmbad mit den Freunden und könnt nicht mit. Wie fühlt ihr euch dann?“ Die Teilnehmenden sagten Wörter und Sätze wie: „ausgegrenzt“, „Scheiße“, „machtlos“, „minderwertig“, und „Ich schäme mich.“ Ein junger Mann berichtete zu: „Ich habe mich damals strafbar gemacht, als ich das nicht konnte.“ Eine andere Teilnehmerin sagte: „Ich würde mich fragen: Warum die und ich nicht? Ich würde sauer werden.“ Ein andere ergänzte in dem Gedankenspiel: „Was habe ich falsch gemacht? Was haben meine Eltern falsch gemacht?“



Ein junger Mann erzählte davon, dass er bei Pflegeeltern aufgewachsen sei. Dort habe er in Freizeitparks oder ins Kino gehen können. Das Geld dafür sei da gewesen, weil die Familie vom Staat unterstützt wurde. Sein Bruder, der nicht in einer Pflegefamilie lebte, konnte diese Dinge nicht tun. Der junge Mann fragte: „Warum ermöglicht man das den Kindern zuhause nicht?“ Das könne zur Wut auf die Eltern führen, sagte ein anderer junger Mann.

Die Workshopleiterin erklärte: Kinderarmut zu bekämpfen sei keine Wohltätigkeit, es sei ein Zugewinn für die gesamte Gesellschaft. „Jedes Kind, dass durch Armut in seiner Entwicklung



eingeschränkt wird, kann seine Kompetenzen nicht vollständig entwickeln“, so Schulze. Wenn wir Kinderarmut verhindert würden, würden wir uns Kosten für spätere Sozialausgaben sparen.

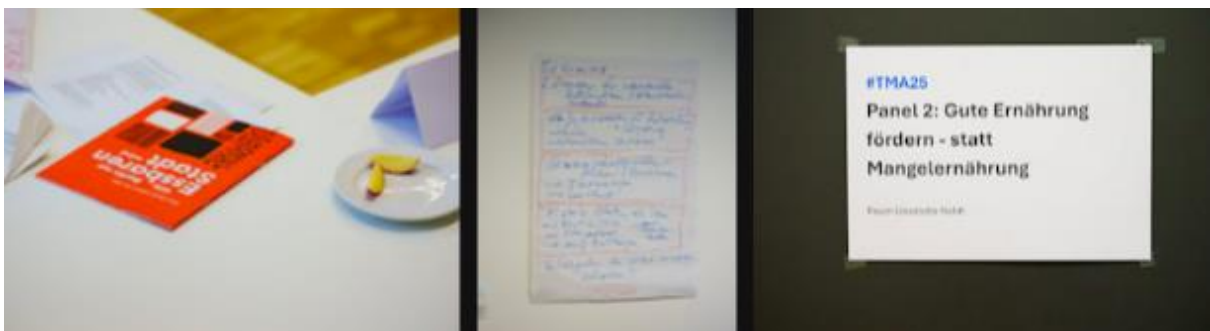
Die Teilnehmenden arbeiteten anschließend in Kleingruppen zu drei Themen: Finanzielle Folgen von Kinder- und Jugendarmut, die Auswirkungen auf die Demokratie und die Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Betroffenen. Die Teilnehmenden notierten einige Schlageworte für ihre Forderungen. In Bezug auf die Demokratie forderten die Teilnehmenden, junge Menschen einzubeziehen,

als junger Mensch auch Vorbild zu sein und Jugendangebote auszubauen. Beim Thema finanzielle Folgen ging es vor allem darum, zu vermeiden, dass Menschen Hilfe nicht in Anspruch nähmen, dass es eine bessere pädagogische Begleitung von Kindern ab dem ersten Lebenstag gäbe und, dass Bildung und Teilhabe für alle Kinder und Jugendliche in Anspruch genommen werden. Für eine bessere psychische Gesundheit für von Armut betroffene Kinder und Jugendliche forderten die Teilnehmenden eine bessere finanzielle Absicherung von Kindern, Jugendlichen und Familien, im Paragraph 41 a Straßensozialarbeit klar zu benennen, sowie den Auf- und Ausbau von sozialen Einrichtungen, die Kinder und junge Erwachsene unterstützen.

Gute Ernährung statt Mangelernährung – mit wenig Geld

Im Workshop „Gute Ernährung fördern – statt Mangelernährung“, bei dem Wiebke Rockhoff, Diakonie Deutschland, Saskia Richartz, Ernährungsrat Berlin, Veruska Prado Alexandre Weiss, Universität Dresden, Daniel Zaibi, Union für Obdachlosenrechte und Nicola Dülk, Zeit für Gesundheit, Trier mitwirkten, ging es unter anderem um Erfahrungen mit Ernährung in der Familie oder mit dem eigenen Garten und inwieweit dieser zur gesunden Ernährung beitragen kann.

Eine Teilnehmerin berichtete, dass sie keine Küche und kein Bad habe. Sie könne nicht einmal Essen einfrieren, weil eine Tiefkühltruhe für Bürgergeldempfänger*innen nicht vorgesehen sei. Sie kritisierte, dass es, um sich mit Bürgergeld sich gesund ernähren zu können, entsprechende Strukturen brauche. „Dazu gehört auch eine Küche mit Tiefkühltruhe“, sagte sie.



Ein anderer Teilnehmer berichtet vom Gemeinschaftsgarten-Konzept in seiner Region. Dort gäbe es mobile Gärten auf Paletten. Das seien Hochbeete, auf denen auch Menschen mit Rückenproblemen arbeiten könnten. Sechs bis elf Kilogramm Ertrag seien möglich auf solch einem Hochbeet, wenn es im Winter drinnen, beispielsweise in Tiefgeragen, aufgestellt würde, erklärte der Teilnehmer.

Ein anderer Teilnehmer berichtete von einer Kochgruppe, die er aus einer RehaMaßnahme kannte. Eine andere Teilnehmerin berichtete von genau solch einer Gruppe in ihrer Region. „Das war eine eigene Initiative, wir sind zu den Sozialarbeitern gegangen und haben gesagt, wir wollen zusammen kochen“, erzählte sie. Die Teilnehmenden würden auch zusammen einkaufen gehen und hätten sogar einen Gemeinschaftsgarten in einer Gartenkolonie bekommen, berichtete sie von diesem Good-Practice-Beispiel.

Soziale Lagen und Krisen - wir brauchen mehr inklusive Gesundheitsförderung

An dem Workshop arbeiteten Alex Embs, OrgaTeam des Treffen der Menschen mit Armutserfahrung, Yvonne Mondani, Rollstuhlfahrerin, Elke Cosane, dvsg - Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e. V. und Stefan Bräunling, nak-AG Gesundheit, Gesundheit Berlin Brandenburg e.V. mit.

Die Teilnehmenden dieses Workshops teilten sich in Kleingruppen über ihre persönliche Situation und über die Folgen auf ihre Gesundheit aus und präsentierten anschließend ihre Forderungen.

Dann wurden bestimmte Grundforderungen entwickelt, dazu zählten:

1. Ein selbstbestimmtes Leben für alle.
2. Von Armut betroffene Personen sollten im Gesundheitssystem berücksichtigt werden.
3. Politik und Revolte: Selbstermächtigung und sich gegen die Zustände zu wehren

Das Gesundheitssystem müsse sich ändern, stellten die Teilnehmenden fest: Es dürfe keine Zwei-Klassen-Medizin mehr geben und es bräuchte eine bessere Ausbildung für die Menschen, die im Gesundheitssystem arbeiten – gerade zum Thema Armut und Gesundheit. Für die Betroffenen selbst bräuchte es eine verständliche Beratung und verlässliche Kostenübernahme.

Die Hürden, sich Hilfe zu holen, müssten niedriger werden, forderte eine Teilnehmerin. „Hilfe muss so präsentiert werden, dass sie auch angenommen werden können.“ Dazu gehöre auch, dass es auch darum gehe, eigene Hürden zu überwinden, um Hilfe anzunehmen, ergänzte eine Teilnehmerin.



Angesprochen wurde dann auch der dritte Arbeitsmarkt, der ausgebaut werden müsse. Auch Wohnen spiele eine große Rolle bei der Gesundheitsförderung. Ein kostenfreier Zugang zu Sportangeboten würde ebenfalls helfen.

Eine weitere Idee: Hausärzt*innen sollen auch nicht-medizinische Rezepte verschreiben können. „Das wäre eine neue Form der Arbeit von Hausärzt*innen“, erklärte ein Teilnehmer. Das würde bedeuten, dass auch Ärzt*innen kompetent wären, an soziale Hilfsangebote zu

verweisen und eben nicht nur Medikamente zu verschreiben. „Das wäre eine Gegenrichtung für die bisherige Medikalisierung sozialer Probleme“, sagte Stefan Bräunling.

Eine Teilnehmerin aus Österreich berichtete von den Primärversorgungszentren, die es dort gäbe. Dort würden Ärzt*innen auch zu Physiotherapeut*innen, sozialen Angeboten und ähnlichem verweisen.



Zum Thema soziale Kontakte sagte ein Teilnehmer: „Kontakte aufnehmen ist für arme Menschen schwieriger. Man kann nicht einfach jemanden auf einen Kaffee einladen.“ Daher ginge es eher um Orte, an denen Menschen miteinander leichter in Kontakt kommen, ohne dass dies Geld koste. Am Ende des intensiven Workshops waren sich alle einig, die gemeinsamen Ergebnisse in der AG Armut&Gesundheit weiter vertiefen zu wollen.

Suizidalität unter Menschen mit Armutserfahrung

„Suizidalität – Wegschauen ist keine Lösung“ – unter dem Titel trafen sich Teilnehmende zu einem schweren Thema: Der Gefahr, dass von Armut betroffene Menschen sich das Leben nehmen. Alex Embs führt in das Thema ein. Sie hatte die Idee, über das Thema Suizidalität beim Treffen der Menschen mit Armutserfahrung zu sprechen. Janna Kleine-Huster von dem U 25-Caritas-Projekt zur Online-Suizidprävention sprach als Referentin in dem Workshop. Kleine-Huster berichtete, dass sich jährlich 10.000 Menschen in Deutschland das Leben nehmen.



„Suizidalität ist kein Randthema“, sagte Kleine-Huster. Ihr Vergleich: „Das entspricht einem Flugzeugabsturz in der Woche.“ Die Suizidversuchsrate wird 10-mal höher eingeschätzt. Männer sterben häufiger an Suizid als Frauen (ca. 75 Prozent Männer). Ihre Erklärung dazu: „Frauen suchen eher Hilfe und Männer wählen sich die härteren Methoden.“ Im Durchschnitt sind Menschen, die sich selbst töten in Deutschland männlich und 50 Jahre alt.

Jedoch täusche der Durchschnitt auch: „Suizid ist die häufigste Todesursache bei jungen Menschen“, erklärte Kleine-Huster. „Junge Menschen haben so viel Stress in ihrem Leben, dass sie das gar nicht aushalten können.“

Sie benannte dafür verschiedene Risikofaktoren, wie Diskriminierungserfahrung wegen Armut, Migrationsgeschichte, Traumata, Queerness, psychische Erkrankungen und fehlende soziale Integration. Im Anschluss tauschten sich die Teilnehmenden über ihre Erfahrung aus. Aufgrund der Sensibilität des Themas und der sehr persönlichen Erfahrungen, die geschildert wurden, wird dieser Teil des Workshops nicht dokumentiert.



Die Situation von Frauen* in Armut

In einem Workshop mit nur weiblichen Teilnehmerinnen tauschten sich diese über die Situation von Frauen* in Armut auf. Sie überlegten, wie sie ihre Selbstwirksamkeit stärken können, sich vernetzen können und wie eine Utopie für ein solidarisches Zusammenleben. Den Workshop leitete Manja Starke aus dem OrgaTeam des Treffens der Menschen mit Armutserfahrung.

Manja Starke berichtet davon, wie wichtig es sei, dass von Armut betroffene Frauen sichtbarer würden. Sie engagiere sich unter anderem im Frauen*salon der Wohnungslosen_Stiftung und organisiere Treffen von bundesweit engagierten, von Wohnungslosigkeit betroffenen Frauen. Ihr Ziel sei es, sich als Frauen zu vernetzen und sie freute sich, dass beim diesjährigen Treffen der Menschen mit Armutserfahrung mehr als die Hälfte der Teilnehmenden weiblich war.

Das Hauptproblem, das viele Betroffene kennen: Frauen erhalten zu niedrige Renten, weil sie beispielsweise wegen Kinderbetreuung weniger eingezahlt haben oder weil sie ihrem Mann „den Rücken freigehalten hatten“, wie eine Frau es nannte.

Eine Teilnehmerin erklärte, dass es von der öffentlichen Verwaltung bereitgestellte Räume brauche, in denen Frauen sich austauschen und einander helfen können. „Wir werden in eine Ecke gedrängt, weil wir Frauen sind,“ sagte sie. Da wolle sie ansetzen, damit sie mehr Gehör finden würden. Eine andere Frau sprach über die Situation Alleinerziehender. „Die Care-Arbeit wird nicht bezahlt und gesellschaftlich nicht honoriert“, sagte die Frau, die selbst allein Kinder großgezogen hatte. „Meine eigenen Eltern wollten mich lieber hinterm Herd sehen als am Gymnasium“, berichtete sie von ihrem schwierigen Weg zu mehr Bildung.

Im Workshop erzählte eine Frau ihre Geschichte. Moné, wie die Frau sich nennt, kam 1992 auf die Straße. Erst sei sie von Punks aufgenommen wurden. Dann mischte sich der Staat ein: „Man hat mich ein Frauenhaus gesteckt, voller drogensüchtiger Frauen.“ Da sei sie ebenfalls abhängig geworden. „Da war 1997“, erinnerte sich die Frau. Für ihre Drogensucht habe sie sich prostituiert. „Seit 2001 bin ich clean“, erzählte Moné. Sie konnte ihren Schulabschluss nachmachen und hatte sogar einen Ausbildungsplatz als Floristin gefunden. Aber, weil sie Hartz IV bekam, habe sie den Anweisungen des Jobcenters folgen müssen. „Man hat mich in eine Maßnahme gezwungen, statt einen richtigen Job machen zu dürfen.“ Als die Maßnahme zu Ende war, sei der Ausbildungsplatz weg gewesen. Moné berichtete, dass sie andere Frauen kenne, denen es ähnlich gehe. Im Berufsinformationszentrum habe man ihr später gesagt, dass sie nicht vermittelbar sei, woraus eine Alkoholabhängigkeit folgte, die sie überwunden hat. Später bot sie Stadtrundgänge in Hannover an, um auf die Situation von obdachlosen Menschen aufmerksam zu machen. Seit sechs Jahren arbeitet sie ehrenamtlich bei der Caritas in Hannover und engagiert sich in der Landesarmutskonferenz. Ihre Forderung: „Es braucht mehr Frauenhäuser, die nicht nur für Drogenabhängige sind.“ Das sei für Menschen, die nicht stabil sind, gefährlich. „Das Hilfsangebot muss verbessert werden, auch mit mehr Plätzen in Obdachlosenheimen für Frauen oder auch mit Tieren“, fordert Moné. Für viele Frauen sei der Hund ein wichtiger Schutz.



Einsamkeit und Armut

In einem Workshop mit über 25 Teilnehmenden ging es um das Thema Armut und Einsamkeit. Was bedeutet Einsamkeit? Wie erlebe ich Einsamkeit? Was kann ich gegen Einsamkeit tun? Das waren die Kernfragen, zu denen die Teilnehmenden ins Gespräch kamen.

Mitgewirkt an dem Workshop hatten Stephanie Hecke, Pastorin und theologische Referentin Diakonie Deutschland, Renate Antonie Krause, Mitglied Koo-Kreis der nak, Groschendreher Kiel, Stefanie Knoll, Stiftung Kraft-Netz, Karlsruhe.

Menschen, die sich einsam fühlten, neigten eher dazu, extreme politische Positionen zu übernehmen oder Verschwörungserzählungen zu folgen und auch eher die Demokratie ablehnen, erklärte Stephanie Hecke. Einsamkeit habe auch viel mit Teilhabe zu tun. Stephanie Hecke nannte das Beispiel eines Kindes, das zu einem Kindergeburtstag eingeladen werde, aber die Eltern kein Geld für ein Geschenk hätten. Dann entscheide sich das Kind oft, gar nicht erst hinzugehen.

„Dann gibt es auch noch diese Unsitte, dass die Kinder, die eingeladen werden, auch noch eine Tüte mit Süßigkeiten und Geschenken mitgegeben bekommen“, erklärte eine Teilnehmerin. Auch das sei ein Problem für von Armut betroffene Familien. „Stattdessen müsste man doch gucken, wie man solche Feste gestalten kann, damit niemand ausgeschlossen wird,“ sagte eine der Workshop-Leiterinnen.



Eine andere Teilnehmerin schilderte, wie sie mit einer ähnlichen Situation umgehe: Ihre Freund*innen würden ihre Situation kennen und deshalb sei es völlig normal, dass sie keine Geschenke mitbringe. „Das ist viel einfacher, wenn es nur um mich geht“, sagte sie.

„Einsamkeit macht neidisch und missgünstig“, sagt eine andere Workshopleiterin. „Wenn man sich verbunden fühlt, sieht die Welt ein Tickchen heller aus.“ Eine wichtige Strategie für mehr Verbundenheit sei es auch, sich zu engagieren, so viel wie es nur gehe.

Über Armut sprechen, bedeutet eine armutssensible Sprache finden!

In einem weiteren Workshop tauschten sich die Teilnehmenden aus über die Art und Weise, wie sie über Armut sprechen wollten. Ziel des Workshops war es, das Sprechen und die Narrative über Armut zu verändern. Dabei ging es auch um positive und negative Ansätze. Den Workshop leiteten Yvonne Schulze vom Orgateam des Treffens der Menschen mit Armutserfahrung und Lars Wiebke, Familientherapeut, DGSF (Deutsche Gesellschaft für Systemische Beratung, Therapie und Familientherapie) und Michael Stiefel, Diakonie Deutschland.



„Wir sollten unsere Kraft darauf verwenden, um über eigene Visionen zu sprechen“, erklärte Lars Wiebke. Er nannte als Beispiel die „Ich habe einen Traum“-Geschichte von Martin Luther King. „Solche starken Erzählungen brauchen wir, um dauerhaft Menschen zu erreichen.“

„Die wirkmächtigste Erzählung zurzeit ist: Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten“, sagte Michael Stiefel, der die Erkenntnisse des Workshops verschriftlichte.

Wie könnten wir da eine Alternativerzählung entwickeln?

Eine Teilnehmerin sagte: „Ich vermute, dass mit Sozialstaat gemeint ist, was wir an Leistungen vom Jobcenter bekommen können. Aber der Sozialstaat ist ja viel breiter: Rente, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld I.“ Da sei die Frage: Wer sei denn jetzt gemeint? „Denn Soziales und Sozialstaat ist viel breiter als nur die Grundsicherung von Menschen, die ihre Existenz allein nicht sichern können“, erklärte sie.



Eine andere Teilnehmerin nannte das Thema der persönlichen Resilienz, das wichtig sei. „Ich bekomme den Frust der Schimpfenden ab, wenn ich als Obdachlose unterwegs bin“, erzählte sie. Weil sie lange genug solche Situationen erlebt habe, hätte sie gelernt, sich zu wehren. Sie entwickelte für sich den Weg, dann zu fragen: „Na, so aggressiv, - schon mal mit der Therapie versucht?!“. Diesen Ansatz könne man auch über den Umgang mit den negativen Narrativen übertragen.

Deutlich wurde in der Diskussion, dass sich viele Erzählungen und Narrative in das Dreieck von „Leistung-Grundrechte-Almosen“ einordnen lassen. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass man die gesammelten Ansätze und Ideen in einer Fortführung der gemeinsamen Zusammenarbeit weiter bearbeiten wolle.

Nach sehr intensiven Gesprächen in den Panels folgte eine weitere Runde des Marktes der Möglichkeiten, in denen Teilnehmende noch einmal Workshops und Gesprächsrunden zu ihnen wichtigen Themen.

EAPN - Austausch in Europa

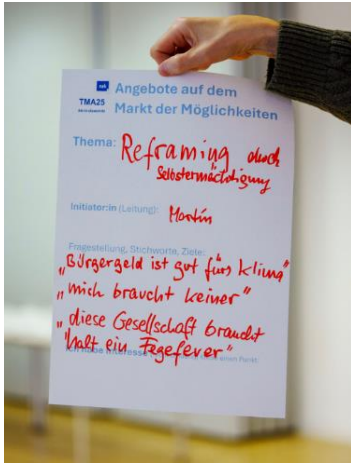
Armutsbekämpfung findet auch auf der europäischen Ebene statt. In einem Workshop zum Thema europäischer Austausch der Menschen mit Armutserfahrung berichteten Jürgen Schneider, Armutsnetzwerk e.V., Mitglied Koo-Kreis und Erika Biehn, vamv-Bremen, von den Aktivitäten der Europa-Delegierten der nak sowie drei Gäste der österreichischen Armutskonferenz von ihren Erfahrungen.

PeP – People Experiencing Poverty“, so hießen die europäischen Treffen der Menschen mit Armutserfahrung, die vom EAPN (European-Anti-Poverty-Network) organisiert werden. Vorher war es „Gipfel der Armen“ genannt worden. Der Name fuße auf dem Engagement der belgischen Regierung, die sich als Land, das den Ratsvorsitz innehatte, dafür einsetzte, dass Menschen mit Armutserfahrung sich so regelmäßig treffen sollten wie die Regierungschefs, eben als ein eigener als Gipfel. Auch die Vertreter*innen der österreichischen Armutskonferenz berichten von ihrer Teilnahme an den europäischen Treffen. Dabei sei aufgefallen, dass aus anderen Ländern dort oft viele junge Teilnehmer*innen waren.



Reframing und Selbstermächtigung

Was kann man tun, wenn jemand sagt: „Ihr seid alle faul“ und anderes? Darum ging es in einem Workshop zum Thema Selbstermächtigung.

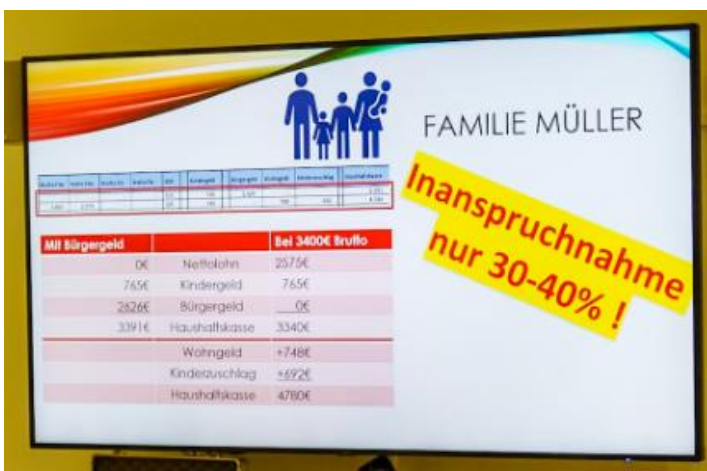


Der Workshopleiter erklärte seinen Ansatz: Wenn ihn jemand frage „Warum gehst du nicht arbeiten?“, antworte er: „Mich braucht keiner.“ Ein anderer Teilnehmer fragte ihn: „Tut dir das gut, das zu sagen?“ „Mittlerweile ja“, entgegnete der andere. Er sei im siebten Bezugsjahr. „Ich habe mir das zum 50. Geburtstag geschenkt“, sagte er. Ihn entlastete es, dass er nicht gebraucht werde.

Ein Slogan, den er mitgebracht hatte: „Bürgergeld ist gut fürs Klima“. Bürgergeldbezieher*innen würden im Schnitt nicht einmal halb so viel CO2 ausstoßen, wie der/die Durchschnittsbürger*in. „In Zeiten der Klimakatastrophe sind wir Bürgergeld-Bezieher gut fürs Klima“, erklärte er. Die dritte Variante lautete: „Diese Gesellschaft braucht halt ein Fegefeuer.“ Da müsse jede und jeder schauen, was für ihn oder sie passt.

Wohngeld, Kinderzuschlag, Aufstocker und neue Bürgergeld-Regelungen

In einem weiteren Workshop mit @Sozi_Simon ging es um Aufstocker*innen, aber auch um Themen wie Wohngeld und Kinderzuschlag, mit deren Hilfe Menschen aus dem Bürgergeld-Bezug herauskommen könnten, wenn sie ein geringeres Einkommen erzielen. Eine Teilnehmerin schilderte, dass auch sie das erreicht hatte. „Das war gut, da war ich endlich die Sanktionen los“, sagte sie. Wenn eine Alleinerziehende mindestens 600 Euro brutto verdienen, funktioniere das. Das Problem hierbei sei aber, dass die Betroffenen das oft gar nicht wissen und so weiterhin im Bürgergeld-Bezug bleiben. Die Menschen müssen die Prüfung nämlich selbst beantragen. Kritisiert wurde, dass den Kinderzuschlag nicht beide Eltern beantragen können, die solche Niedrigeinkommen haben, sondern nur derjenige, an den auch schon das Kindergeld ausbezahlt wird. Das schaffe eine Diskriminierung.



Zur Sprache kamen dann auch die geplanten neuen Regelungen zum Bürgergeld und welche Auswirkungen diese für Betroffene hätten. „Wir haben zwei Richtungen von Sanktionen“, sagte der Referent @Sozi_Simon. Er unterschied in zwei Säulen der Sanktionen:

Die eine sind Terminversäumnisse. Beim ersten versäumten Termin gäbe es noch keine Sanktionen, aber das Jobcenter könne dann festlegen, dass welche Erwerbsbemühungen, z.B.

eine bestimmte Anzahl Bewerbungen auf einem bestimmten Weg zu erledigen seien. Wenn ein Bürgergeldempfänger beispielsweise nicht die Anzahl von Bewerbungen geschrieben habe, die

er sollte, würde er für drei Monate um 30 Prozent sanktioniert. Und schon der fehlende Nachweis über eine Vorsprache könne nun zu Sanktionen führen. Das sei eine massive Verschärfung.

Beim dritten verpassten Termin drohten drastische Sanktionen: der komplette Regelbedarf werde abgezogen, bis hinein in die Wohnkosten. Dann müsste der Betroffene aktiv beim Jobcenter melden, dann könnte aus den 100 Prozent bis zu 30 Prozent werden. „Wenn er das von sich aus nicht innerhalb eines Monats tut, verliert er alles: Regelsatz, Wohnkosten, Krankenkasse. Das nennt sich die „Nicht-Erreichbarkeits-Fiktion“, erklärte der Referent. „Das bedeutet eine akute Gefährdung der Wohnung“, sagte er. Was folge daraus? „Mindestens jeden dritten Termin wahrnehmen, sonst wird es ganz übel.“

„Dann gibt es noch die Totalsanktion für Arbeitsverweigerung, die noch verschärft wird,“ erklärte der Referent. Diese laufe mindestens einen Monat, beispielsweise wenn eine Bürgergeldempfängerin einen Arbeitsvertrag nicht annehme. „Ab jetzt gilt die Totalsanktion beim ersten Mal, dass ein Vertrag nicht unterschrieben wird“, erklärte der Dozent. Laut der Entwurfsfassung des Gesetzesvorhaben, gäbe es bei einer Totalsanktion nicht einmal mehr Lebensmittelmarken. Das verstoße offenkundig gegen Grundrechte aus der Verfassung und gegen menschenrechtliche Verpflichtungen die Deutschland, z.B. mit dem UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnet habe.

Abendprogramm zum Abschluss

Am Abend lud Michael David, Zentrumsleiter der Diakonie Deutschland, zu einem bunten Abend zum Thema Armut. „Wir wollen zusammenkommen und einen gemeinsamen Abschluss finden“, sagte David. In einer kurzen Podiumsdiskussion stellten verschiedene Teilnehmenden vor, was in verschiedenen Workshops diskutiert worden sind.

Tim berichtet von seinem Plan, einen Verein zu gründen für Kinder und Jugendliche, die von ihren Eltern oder dem Jugendamt auf die Straße gesetzt werden. Es soll einen Notfall-Rucksack für betroffene Kinder geben und einen Anwalt oder eine Anwältin in der Region, der oder die den Kindern und Jugendlichen helfe. Er selbst wurde im Alter von 17 Jahren vom Jugendamt auf die Straße gesetzt. Tim kritisierte, dass es nicht genug Hilfsangebot für Kinder und Jugendliche auf der Straße gibt. „Ich bin ein Dorn, der stecken bleibt“, beschrieb Tim seine Rolle.



Eine Teilnehmerin berichtete vom Workshop Frauen*Armut. Sie hatte beobachtet, dass Frauen in der Obdachlosigkeit immer mehr werden würden und es gleichzeitig so wenige sichere Übernachtungsplätze für Frauen gäbe. „Das Sichtbarmachen gehört zu unseren Hauptaufgaben“, sagte sie. „Ich bin immer dafür, dass man den Mut hat, sich zu zeigen“. Sie selbst habe fünfzig Jahre gearbeitet und lebe nun in Rentenarmut. Die Teilnehmerin berichtete auch über die Lage von queeren Menschen in Deutschland. „Heute ist es so, dass die Christopher Street Days (CSD) geschützt werden müssen, weil es mehr Hasskriminalität gibt“, berichtete sie. Sie kritisierte auch, dass große Firmen das Sponsoring für die CSD wieder eingestellt hätten. Das bedeute, dass im Arbeitsleben durchaus eine Gefahr darin bestehe, geoutet zu werden. Die Armutgefährdung besteht darin, aufgrund der queeren Identität den Job verlieren, auch wenn das meist auf Umwegen passiere.

Ein Teilnehmer berichtete vom Workshop zum Thema Einsamkeit. „Armut macht auf jeden Fall einsam“, sagte der Teilnehmer. Teilnahme ist für viele aufgrund der Armut nicht möglich. Der Teilnehmer selbst war viele Jahre Sozialarbeiter. Michael David fasste zusammen: „Wenn wir über Armut sprechen, müssen wir auch über soziale Arbeit sprechen.“

Eine andere Teilnehmerin auf dem Podium zeigte ihr Entsetzen darüber, dass Kinder auf der Straße landen. „Ich bin entsetzt darüber, dass Kinder auf die Straße gesetzt werden können.“ Sie berichtete ebenfalls von dem Workshop über Narrative. „Unser Ruf ist völlig ruiniert, das spricht alles nicht der Realität. Wir werden nur darauf reduziert, dass wir Empfänger sind“, kritisierte sie. Man könne und müsse viele Dinge viel positiver ausdrücken.

Brandaktuell schaltete man dann zur Berliner Abendschau des RBB. Verschiedene Medien hatten das Treffen den Tag über besucht, darunter auch ein Team der Abendschau. Im Interview mit Jürgen Weber aus

Potsdam, der seit langem arbeitslos ist und sich von Job zu Job hangelt oder Dirk Dymarski aus Niedersachsen, der viele Jahre obdachlos rund um den Bahnhof Zoo verbrachte, wurde die Botschaft des Treffens anschaulich dargestellt.

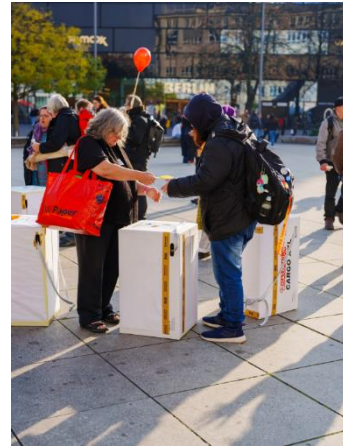
Gemeinsam mit dem OrgaTeam zog man anschließend ein Fazit, wie die Pressearbeit gelungen war und wie es doch zu einer ansehnlichen Zahl von Veröffentlichungen zur Veranstaltung kam. Die Meldungen wurden vom STERN, von yahoo, msn und anderen Diensten verbreitet und hatten eine sehr hohe Reichweite. Besonders erfreut hat ein Schwerpunktbericht im ND zum Thema und Workshop über Kinderarmut.



Öffentlichkeit: Aktion unter dem Fernsehturm

Am Samstagmorgen stand eine Aktion im öffentlichen Raum auf dem Plan. Punkt 10 Uhr, die Glocken am Alexanderplatz läuteten, die Sonne strahlte hinter dem Fernsehturm, trotzdem war es bitterkalt. Mehr als dreißig Teilnehmende waren zusammengekommen. Ihr Ziel: Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, was es heißt, arm zu sein.

Eine Frau im Rollstuhl war auch gekommen. „Wir können uns alle nichts leisten“, erzählt sie. Sie selbst sei mit 15 Straßenkind geworden, habe in besetzten Häusern gelebt, auf dem Kinderstrich angeschafft. „Es hat keinen interessiert.“ Sie war krank, wurde angefahren, sitzt seitdem im Rollstuhl. Ihr Weg war lang und steinig, bis sie es von der Straße in eine Wohnung schaffte. Ihre Forderung: Für eine bessere Versorgung von Kindern und Jugendlichen müssten die Jugendämter in den Heimen und Familien schauen, wie es den Kindern dort ginge. Heute lebe sie in einer Wohnung, aber der Regelsatz, von dem sie leben müsse, sei viel zu niedrig. „Ich habe keine Teilhabe“, sagt sie. Sie würde gerne ihren Bruder in einer anderen Stadt besuchen, aber selbst die Übernachtung in der Jugendherberge dort könne sie sich nicht leisten.



Auch ein junger Mann ist gekommen und erzählte seine Geschichte. Er sei als Jugendlicher auf der Straße gelandet, als das Jugendamt ihn aus dem Wohnheim warf. Vier Jahre hatte er auf der Straße gelebt, bis ein Schausteller ihm half. Er habe ihm Essen und Trinken gegeben, Kleidung gekauft, ihn zum Frisör gefahren und ihm



Arbeit gegeben. „Er ist der Grund, weswegen ich von der Straße gekommen bin“, sagte der Mann. Heute arbeite er als Bäckereifachverkäufer in Teilzeit. Den Rest seiner Zeit verbringe er damit, sich dafür einzusetzen, dass es anderen Jugendlichen besser gehe als ihm. Eine seiner Forderungen: Es brauche im Gesetz festgeschriebene Straßensozialarbeit für Jugendliche.

Bei der Aktion im öffentlichen Raum sang eine Frau mit lauter Stimme: „Berlin, Berlin, hört zu, wir brauchen eure Hilfe.“ Auf großen Kartons, die auf der Fläche unter dem Fernsehturm verteilt waren, konnten Passant*innen über die alltäglichen Fragen von Bürgergeldempfänger*innen nachdenken. Auf einem Karton steht: „Deine Hose hat einen Riss. Was tust du?“ Die Optionen waren: Neukauf, Second Hand, Reparieren. Es wurde schnell klar: Neukauf ist für jemanden, der von Bürgergeld lebt, nicht möglich. Auf einem anderen Karton stand: „Worauf würdest du verzichten, wenn nur eines möglich ist?“ Die Optionen: Medikamente, Socken, Café to go.

Um mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, verteilten die Teilnehmenden „Armutslöse“. Auf den bunten Zetteln standen Sätze wie „In jedem 4. sanktionierten Haushalt leben Kinder. Jetzt gemeinsam handeln!“ sowie der Link zur Nationalen Armutskonferenz und dem sogenannten Bürgergeld-Bingo, bei dem Interessierte im Internet herausfinden können, wofür Bürgergeldbezieher*innen wie viel oder wie wenig Geld ausgeben dürfen (<https://buergergeld-bingo.de>). Auf einem anderen Armutslos stand: „Beim Einkaufen läuft gedanklich der kleine Taschenrechner im Kopf mit.“



Zum Ende der Kundgebung verteilten die Organisatoren bunte Luftballons an alle. Die Gruppe sammelte sich vor dem Fernsehturm und spontan stimmten man ein gemeinsames Lied an: „Wehrt Euch, leistet Widerstand, gegen den Sozialabbau im Land“.



Mit den Sprüchen „Armutswende jetzt!“ stiegen alle Luftballons um kurz vor zwölf in den Berliner Himmel. Bei der Verabschiedung hatten sich einige noch mit „Armutslösen“ eingedeckt. Um diese unterwegs auf der Rückfahrt oder im eigenen Umfeld zuhause weiterzugeben.

Impressum:

Herausgeber:

Nationale Armutskonferenz, c/o Diakonie Deutschland, Caroline-Michaelis-Str. 1, 10115 Berlin

Kontakt: armutskonferenz@diakonie.de

Fotos: Benjamin Sauer

Text: Lena Högemann

Redaktion: Michael Stiefel, Alexandra Embs, Yvonne Schulze, Lena Högemann, Michael David

Gefördert durch:

